

# P r o t o k o l l

## Nr. 2

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

**Dienstag, 1. Februar 2013**

16.00 - 17.45 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Stefan Moos

Protokoll: Ruth Schorno

---

## Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Motion SVP-Fraktion vom 17. Januar 2013 betreffend Gestaltung einer benützerfreundlichen Zollhaushalle am Kolinplatz und dies unter Würdigung unserer Zuger Stadtgeschichte  
Überweisung
4. Postulat Philip C.- Brunner vom 22. Januar 2013 betreffend bessere und aktuellere Information für die Mitglieder des Grossen Gemeinderates GGR – in Zeiten der schnellen Veränderungen, das Gebot der Stunde!  
Überweisung
5. Interpellation Monika Mathers, CSP, und Michèle Kottelat, glp, vom 5. April 2012 betreffend Bauvorhaben im Mülimattquartier  
Antwort des Stadtrates Nr. 2231 vom 11. September 2012
6. Motion der SVP-Fraktion vom 27. September 2009 betreffend Haus Zentrum und Motion der Fraktion Alternative-CSP vom 27. September 2009 betreffend Sanierung Haus Zentrum  
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2237 vom 13. November 2012

7. Motion von Vroni Straub-Müller, CSP, vom 2. November 2009 betreffend Naturschutzzone Innere Lorzenallmend  
Zweiter Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2187.1 vom 13. November 2012
8. Interpellation von Michèle Kottelat, glp, vom 21. September 2012 betreffend keine Freizeitmentoren in Zug aus Angst vor Machtverlust?  
Antwort des Stadtrats Nr. 2239 vom 27. November 2012
9. Interpellation der CVP-Fraktion vom 29. Oktober 2012 betreffend Immobilien-Bewirtschaftung: regelmässige Informationen an die GPK durch den strategischen Immobilien-Ausschuss  
Antwort des Stadtrates Nr. 2241 vom 22. Januar 2013
10. Mitteilungen

## Eröffnung

Ratspräsident Stefan Moos eröffnet die heutige 630. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Jubiläumsjahr 50 Jahre GGR und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie verschiedene Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich krankheitshalber die Gemeinderäte Hugo Halter, Franz Iten und Manfred Pircher; die übrigen 37 Mitglieder des GGR sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Stefan Moos: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratsitzung bedürfen der Zustimmung des Rates.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Ratspräsident Stefan Moos verweist die Anwesenden auf das schöne Jubiläumspakat, welches Herr Robert Wempe aus Baar aus eigenem Antrieb gemalt und der Stadt Zug geschenkt hat. Herzlichen Dank.

Ratspräsident Stefan Moos ersucht die Anwesenden, den während der Sitzung durch den Weibel verteilten Jubiläumspin zu tragen.

# 1. Genehmigung der Traktandenliste

Das Wort wird nicht verlangt.

## **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind und somit die vorliegende Traktandenliste als stillschweigend genehmigt erscheint.

Stadtrat Karl Kobelt gibt zum bereinigten Budget folgende Erklärung ab:

“Mit Beschluss vom 22. Januar 2013 hat der Stadtrat Kürzungen am Budget 2013 im Umfang von CHF 3,504 Mio. genehmigt. Zugleich hat er die Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve um CHF 5 Mio. vermindert. Damit hat der Stadtrat den Auftrag des Grossen Gemeinderates erfüllt. Der Stadtrat hat zunächst die Kürzungen der GPK im Umfang von CHF 0,938 Mio. übernommen. Die zusätzlichen Kürzungen von CHF 2,6 Mio. verteilen sich auf die Departemente wie folgt: Präsidentialdepartement CHF 0,2 Mio., Finanzdepartement CHF 0,5 Mio., Bildungsdepartement CHF 1,1 Mio., Baudepartement CHF 0,3 Mio., Departement SUS CHF 0,5 Mio. Die Höhe der Kürzungen in den Departementen orientierte sich im Wesentlichen an den Vorgaben, die der Stadtrat für jedes Departement festgelegt hatte. Generell gesagt heisst das: Je grösser die Abweichung, desto höher fiel die entsprechende Kürzung aus. Um diese Budgetkürzungen vornehmen zu können, waren mehrere Gesprächsrunden im Stadtrat sowie eine intensive Arbeit in allen Abteilungen erforderlich. Die Kürzungen sind keine Kosmetik, sondern werden zum Teil auch in der Öffentlichkeit spürbar werden. So wird beispielsweise auf je einen Wirtschaftszmittag, einen Zuger Dialog und auf den GGR-Ausflug nach Isenthal verzichtet. Besonders einschneidend sind die Kürzungen im Bildungsdepartement. Stadträtin Vroni Straub wird sich anschliessend dazu äussern. Auch in der Investitionsrechnung wurden zusätzliche Kürzungen im Umfang von CHF 5,798 Mio. bei den nicht bewilligten Projekten vorgenommen. Für das laufende Jahr sind Nettoinvestitionen in der Höhe von CHF 38,758 Mio. vorgesehen. Die neuesten Erkenntnisse im Finanzhaushalt der Stadt Zug verheissen nichts Erfreuliches. So sind die Steuereingänge im vergangenen Jahr erheblich tiefer als erwartet ausgefallen. (Die Zahlen werden wie gewohnt im Frühjahr bekannt gegeben werden.) Der Stadtrat hat auf diese neue Situation reagiert und sieht für das laufende Jahr eine Verzichtplanung im Bereich der ungebundenen Ausgaben vor. Er wird dem GGR eine entsprechende Vorlage zur Genehmigung unterbreiten. Auch bei den gebundenen Ausgaben werden Möglichkeiten zur Aufwandminderung ausgelotet. Im Vordergrund stehen die Abgaben für NFA und ZFA. Die untragbare Belastung im Umfang von CHF 72,5 Mio. gefährdet die gesunden Gemeindefinanzen der Stadt Zug. Im Bereich Devestitionen haben wir mit der Veräusserung des ZVB-Paketes einen ersten sinnvollen Schritt getan. Weitere Schritte werden folgen. Der Stadtrat will dem GGR Transparenz in sinnvollem Ausmass gewähren und lehnt es ausdrücklich ab, in der Budgetierung bewusst Reserven einzubauen. Ebenso ist er bestrebt, mit einer vorausschauenden Politik - unter anderem im Immobilienbereich - die Handlungsspielräume für die Zukunft zu erhalten. Die Stadt Zug erlebt in der Finanzpolitik einen Paradigmawechsel. Sparen mit Weitblick ist angezeigt. Ihm stehen drei Prämissen

zugrunde: Wir behalten das Wesentliche im Auge. Die Ausgaben orientieren sich an den Einnahmen. Eigenes Geld ist günstiger als fremdes Geld. Ich baue auf eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten - Stadtrat, Stadtparlament und Verwaltung, Kanton Zug und Zuger Gemeinden, die Wirtschaft und das Gewerbe, Korporation und Bürgergemeinde, Vereine und Organisationen. Ich bin davon überzeugt, dass wir auf diese Weise die Zukunft meistern werden. Zum Wohl unserer schönen Stadt Zug."

Stadträtin Vroni Straub gibt als Vorsteherin des Bildungsdepartementes folgende Erklärung ab:

"Erlauben Sie mir ebenfalls ein paar Worte zum Budget zu verlieren. Schliesslich hat das Bildungsdepartement mit über CHF 1,1 Mio. einen substanziellen Sparbeitrag leisten müssen und auch geleistet. Diese CHF 1,13 Mio. liessen sich selbstverständlich nicht über etwas weniger Kopieren oder über einen Verzicht auf die eine oder andere Weiterbildung einsparen. Neben einer Vielzahl kleinerer Beträge bei einzelnen Konten - angefangen bei Beratungen und Expertisen über Fachzeitschriften und Projekte bis hin zu Fachausbildungen sind folgende grössere Einsparungen erfolgt: An der Musikschule mussten wir auf die beantragte zusätzliche Stelle eines Musiklehrers oder einer Musiklehrerin verzichten. Dies hat zur Folge, dass sich die Warteliste - aktuell haben wir bereits über 120 Schülerinnen und Schüler - leider noch verlängern wird und viele Kinder nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder für das gewünschte Instrument aufgenommen werden können. Bei den Stadtschulen sparen wir CHF 250'000.--. Personalkosten, weil wir voraussichtlich mehrere Klassen zusammenlegen oder schliessen werden. Dies können wir so vorderhand pädagogisch verantworten, wird aber bei den betroffenen Lehrpersonen, Eltern und Kinder Unsicherheit und Unruhe auslösen. Generell sind wir hier auf dem Weg, die Schülerzahlen wo möglich und vertretbar auf die Richtwerte des Kantons hin anzupassen. Das braucht aber Zeit und ist ein Prozess, will doch der Stadtrat weiterhin als verlässlicher Partner sowohl für die Eltern wie auch die Arbeitnehmer auftreten. Der Stadtrat stellt zudem die weitere Subvention des Buspasses in Frage und hat das Geld für das kommende Schuljahr gestrichen. Da es sich dabei um einen Beschluss des Grossen Gemeinderates handelt, werden Sie in Bälde mit einer Vorlage bedient. Mit dieser Vorlage zum Buspass schiebe ich Ihnen den Pug wieder zurück. Sie werden entscheiden müssen, ob die Stadt Zug den Buspass im gleichen Umfang oder allenfalls reduziert weiter subventionieren soll. Wenigstens in dieser Frage will ich Sie, bzw. den Grossen Gemeinderat wieder in die Pflicht nehmen und eine substanzielle Budgetdebatte führen - so wie sich dies eigentlich schon im Dezember für ein verantwortungsvolles Parlament gehört hätte. Alle diese Massnahmen schmerzen mich als Vorsteherin des Bildungsdepartementes, weil sie spürbar sind. Es werden spürbare und einschneidende Massnahmen vor allem für Familien und Kinder sein. Ich ärgere mich aber auch ein bisschen darüber, weil die Ursachen der finanziellen Schieflage zum Teil auch hausgemacht sind. Wir verzichten auf Steuereinnahmen dank unserer letzten Steuergesetzrevision und wir müssen sehr viel Geld - über CHF 70 Mio. - in den NFA/ZFA abgeben. Das strapaziert nach meinem Dafürhalten unseren Solidaritätsgedanken, vor allem, wenn sich andere Gemeinden - vor allem die Nehmergemeinden - höhere Klassengrössen leisten und vielleicht schon die zweite Dreifachturnhalle haben und wir immer noch keine. Wir kön-

nen eine Weile abtauchen und die Luft anhalten. Aber irgendwann müssen wir wieder Luft holen - sprich zum Beispiel die verschobenen Weiterbildungen nachholen. Mit diesen kurzfristigen Sparmassnahmen ist das strukturelle Finanzproblem der Stadt Zug nicht gelöst. Bevor wir nun also nächstes Jahr auch noch unseren Sonnenuntergang verkaufen, freue ich mich, wenn wir uns gemeinsam auf den Weg machen und einen intelligenten Finanzplan verfolgen.“

Ratspräsident Stefan Moos: Gemäss heutigem Wetter scheint es so als ob der Sonnenuntergang bereits verkauft ist.

## **2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass seit der letzten GGR-Sitzung vom 22. Januar 2013 keine Eingänge zu verzeichnen sind.

### **3. Motion SVP-Fraktion vom 17. Januar 2013 betreffend Gestaltung einer benutzerfreundlichen Zollhaushalle am Kolinplatz und dies unter Würdigung unserer Zuger Stadtgeschichte Überweisung**

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 14 f. des GGR-Protokolls Nr. 1 der Sitzung vom 22. Januar 2013.

Urs E. Meier: Im letzten November feierte Hans Christens Postulat zur Zollhaushalle sein 24-jähriges Bestehen und wurde anlässlich der letzten Sitzung des GGR vom 22. Januar 2013 abgeschrieben. Macht es Sinn, das Gleiche zum 50-Jahr-Jubiläum des GGR als Motion wieder zu überweisen? Macht es Sinn, den Stadtrat zu beauftragen, erneut ein Eier legendes Wollmilchschwein zu erfinden, und gemäss SVP-Leseart erst noch quasi zum Nulltarif? Urs E. Meier möchte dazu etwas ausholen: Da er als Planer und Bauleiter sowohl beim Umbau wie auch später dabei war, weiss er bestens Bescheid. Die präsentierten Folien zeigen Aufnahmen, die zirka 1980 während des Umbaus des Stadthauses entstanden. Am linken Bildrand und zeigt sich das verschlossene, wenig einladende Erdgeschoss des Zollhauses. Eine weitere Folien-Übersicht zeigt deutlich die Situierung des Gebäudes als Barriere auf dem Kolinplatz. Durch das Öffnen des Erdgeschosses versprach man sich mehr Transparenz und eine Halle für verschiedenste Zwecke und Aktivitäten:

- Als Standort des städtischen Anschlagbretts.
- Als Ausstellungsort für städtische Projekte zum Beispiel
- Als Durchblick vom südlichen Kolinplatz Richtung Neugasse
- Die Rede war auch vom ausgestellten Stadtmodell und vom Ausgangspunkt für die Stadtführungen.

Nebst der heute sichtbaren Beleuchtung sind in der Decke auch zusätzliche 17 Anschlusspunkte für Spotlampen sowie 6 elektrische Steckdosen für dies und jenes eingebaut. Es ist auch hier so wie überall: Solche Orte müssen bespielt werden, sonst sind sie tot. Da wäre von Seiten der Stadt schon noch mehr möglich und ein entsprechender Anstoss hilfreich. Dass eine allseits offene Halle mit Zugängen von allen vier Seiten nie ein windgeschützter Ort sein würde, war von Anfang an klar. Um dem Strassenlärm so weit als möglich zu begegnen, wurde die Hallendecke als Akustikdecke ausgebildet. 1991 erfolgten ernsthafte und weitreichende Studien, wie dem Durchzug mittels Verglasung der Halle begegnet werden könnte.

Ratspräsident Stefan Moos macht Urs E. Meier darauf aufmerksam, dass es heute um die Überweisung und nicht um den Inhalt geht.

Urs E. Meier kommt zur Überweisung: Eine eher nüchterne und eine etwas bewegtere Gestaltung in Anlehnung an die Malereien von Johnny Potthof im Innern. Der Kostenvoranschlag lautete auf CHF 82'000.-- inkl. Verglasung, neuer Beleuchtung, Nebenarbeiten und Honorar. Die Probleme, mit welchen zu kämpfen war, waren bei jeder Variante die gleichen. Zur Beleuchtung: Johnny Potthof hat sich seinerzeit beklagt, dass die von

ihm bemalten Wände zu wenig hell beleuchtet seien. Urs E. Meier hat sich damals die Feststellung erlaubt, dass aus einem dunklen Kohlenhaufen auch bei bester Beleuchtung kein heller Schneehaufen werde. Auf sein Drängen hin wurde durch das damalige Bauamt die heutige unbefriedigende Beleuchtung installiert. Zur Verglasung gegen Durchzug: Es wären mindestens 4 Zugänge notwendig gewesen, was zu Problemen wegen Winddruck und Sog geführt hätte. Verglasung als Vogelfalle, sie erzeugt auch Schwellenangst. Zugänglichkeit mit Kinderwagen und Rollstühlen etc. Automatische Türen wurden als viel zu grosser Eingriff erachtet. Und allzu gemütlich hätte die Halle wegen unerwünschter Gäste ja auch nicht werden sollen. Der GGR hat die Problematik im Sommer 1992 offenbar erkannt und der Ausführung nicht zugestimmt. Eine Neuauflage der Übung kann dem GGR und der Stadtverwaltung erspart werden. Die Fraktion Alternative-CSP beantragt, die Motion nicht zu überweisen.

Etienne Schumpf freut sich sehr, dass er heute zum ersten Mal hier stehen und den Antrag der FDP-Fraktion zum Besten geben darf. Das Anliegen der SVP-Fraktion für die Umgestaltung der Zollhaushalle ist legitim, und man muss ganz offen und ehrlich zugeben, dass die Zollhaushalle nicht unbedingt zu den Schmuckstücken in der Stadt Zug gehört. Allerdings glaubt die FDP-Fraktion, dass eine Umgestaltung mit sparsamsten finanziellen Mitteln, wie es auch die SVP-Fraktion fordert, nicht möglich ist und sieht daher keinen dringlichen Handlungsbedarf. Es ist vielmehr wichtig, dass der Stadtrat die Möglichkeit erhält, Möglichkeiten zu prüfen, die Kosten abzuklären, damit eine Umgestaltung erfolgen kann, die einem angemessenen Kosten-/Nutzenverhältnis entspricht. Daher beantragt die FDP-Fraktion, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Philip C. Brunner: Warum hat die SVP-Fraktion diese Motion eingereicht? Im Zusammenhang mit der Abschreibung dieser Vorlagen vor einer Woche hier im Saal erklärte sich die SVP-Fraktion mit der Abschreibung des Postulates von Hans Christen nicht einverstanden und hat sich daher für die heutige Zeit – 1988 ist schon länger vorbei – entschlossen, diese Motion einzureichen. Philip C. Brunner dankt Urs Meier für seine Ausführungen. Allerdings war die Vorstellung der SVP-Fraktion nicht, so wie auf diesen 30jährigen Bildern gezeigt, diese Halle wieder zu schliessen, sondern es war die Idee, im Sinne des damaligen stadträtlichen Vorschlages eine Verglasung anzubringen. Die SVP-Fraktion ist mit der Nichtüberweisung nicht einverstanden. Philip C. Brunner war nach der Sitzung letzte Woche darauf vorbereitet, dass von der FDP-Fraktion eine Nichtüberweisung beantragt wird und war heute entsprechend darauf vorbereitet, der FDP etwas über bürgerliche Zusammenarbeit zu sagen. In diesem Sinne ist Philip C. Brunner froh, kommt der Vorschlag von Urs E. Meier. Philip C. Brunner lehnt namens der SVP-Fraktion die Umwandlung in ein Postulat ab. Der Stadtrat soll diesen Auftrag bzw. Befehl vom Parlament so entgegennehmen. Letzte Woche wurde die Motion für die Öffnungszeiten der Stadtverwaltung nicht überwiesen. Heute hat Philip C. Brunner bei der Vorbereitung festgestellt, dass vom 8.2.1999 eine Motion, lautend: Einrichtung eines städtischen Dienstleistungszentrums (Stadtladen) und eine Erweiterung der Öffnungszeiten der Arbeitsstellen mit direktem Kundenkontakt, gibt. Dazu gehört bekanntlich auch die Einwohnerkontrolle.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der FDP-Fraktion für die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Es sei auch daran erinnert, dass unter Traktandum 9 heute über die Nachnutzung der städtischen Gebäude nach dem Umzug in das L&G-Gebäude diskutiert wird. Die CVP-Fraktion erachtet es als wichtig, diesen Zeitpunkt noch abzuwarten und nicht jetzt weitere Kosten zu verursachen, ohne genau zu wissen, was im Zollhaus passieren soll. Vor Kurzem war heute zu hören, wie sich Stadtrat und Grosser Gemeinderat anstrengen müssen, damit die Kosten dieser Stadt im Griff behalten werden können. In diesem Rahmen kann die entsprechende Geduld durchaus noch bewahrt werden und abgewartet werden, bis bekannt ist, was mit dem Zollhaus geschieht. Erst dann kann allenfalls über einen weiteren Vorschlag diskutiert werden. Wichtig ist, dass das Thema nicht völlig begraben wird. Die Idee der Umwandlung von einer Motion in ein Postulat ist daher sehr gut, kann doch so der Stadtrat entsprechende Gedanken machen. Der GGR ist damit nicht gezwungen, für eine Investition Geld auszugeben, die möglicherweise in wenigen Jahren gar nicht mehr so nötig wäre.

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion ist aufgrund der doch vernünftig erscheinenden Intervention der CVP-Fraktion mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Die SVP-Fraktion möchte auf keinen Fall diejenige sein, welche am Schluss des Jahres getadelt wird, weil der Zustand der städtischen Finanzen nicht so ist, wie sich das Stadtrat Karl Kobelt vorstellt.

Urs Bertschi: Es macht Sinn, entgegen der Auffassung von Urs E. Meier, gelegentlich hinzuschauen. Ein im Erdgeschoss entkerntes historisches Gebäude erachtet Urs Bertschi städtebaulich als fragwürdig. Allein eine Verglasung könnte hier Sinn machen und würde die Nutzbarkeit dieses eben doch zentralen Stadtraumes wieder etwas erhöhen. Heute ist es nicht nur kein Durchgang, sondern ein städtebauliches Nichts mit einem Bankomaten. Mehr ist es nicht. Es gibt noch Gemälde an der Wand, über die gestritten werden kann. Selbstverständlich können sie erhalten bleiben. Urs Bertschi erinnert daran, dass möglicherweise die Zuger Polizei dieses Gebäude dereinst wieder nutzen könnte. Die Älteren in diesem Saale – dazu zählt sich auch Urs Bertschi – wissen, dass hier einmal die Stadtpolizei und das Fundbüro früher zu Hause waren. Das war damals für die Stadt ein zentrales Gebäude. Es würde daher durchaus Sinn machen, diesem Gebäude an diesem historischen Ort auch wieder eine Erdgeschossnutzung einzuhauchen, welcher Art auch immer. Gleichwohl geht eine Motion nach Meinung von Urs Bertschi etwas zu weit. Die SP-Fraktion könnte sich ebenfalls der Umwandlung in ein Postulat anschliessen.

Urs E. Meier hat sich die Möglichkeit eines Postulates auch überlegt. Allerdings sei davor zu warnen. Damals wurden auch eingehende Überlegungen und Untersuchungen zusammen mit dem Stadtarchitekt und den Mitarbeitenden des damaligen Bauamtes erfolgt. Die Ansprüche an die Zugänglichkeit im Falle einer Verglasung sind so gross, dass sie nicht bewältigt werden können. Auch bei einem Postulat bleibt die Aufgabe dieselbe und wird wieder zum selben Resultat führen. Wenn der Rat mehrheitlich aber der

Meinung ist, es solle die Motion in ein Postulat umgewandelt werden, dann soll er das tun. Es bringt aber nichts.

### **Abstimmung**

über den Antrag von Etienne Schumpf namens der FDP-Fraktion für die Umwandlung der Motion in ein Postulat:

Für die Umwandlung stimmen 29 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 29 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts die Umwandlung der Motion in ein Postulat beschlossen hat.

Ratspräsident Stefan Moos klärt bei Urs E. Meier ab, ob der Nichtüberweisungsantrag auch für ein Postulat gilt.

Urs E. Meier: Nein.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass somit die Motion als Postulat an den Stadtrat überwiesen ist. Dieser hat nun 12 Monate Zeit, Bericht und Antrag an den GGR zu stellen.

**4. Postulat Philip C. Brunner vom 22. Januar 2013 betreffend bessere und aktuellere Information für die Mitglieder des Grossen Gemeinderates GGR – in Zeiten der schnellen Veränderungen, das Gebot der Stunde!  
Überweisung**

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf S. 13 f. der GGR-Sitzung Nr. 1 vom 22. Januar 2013.

Das Wort wird nicht verlangt.

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass kein Antrag für Nichtüberweisung gestellt ist. Somit ist das Postulat stillschweigend an den Stadtrat überwiesen. Dieser hat nun 12 Monate Zeit, Bericht und Antrag an den GGR zu stellen.

## 5. Interpellation Monika Mathers, CSP, und Michèle Kottelat, glp, vom 5. April 2012 betreffend Bauvorhaben im Mülimattquartier

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2231

Monika Mathers: 301 Tage nach ihrer Eingabe (statt der vorgegebenen 90) steht diese Interpellation dank einem Zuvorkommen des Ratspräsidenten endlich auf der Traktandenliste. Danke Stefan! Es wäre geplant gewesen, sie gleichzeitig mit dem Projektierungskredit der Streethockeyhalle zu behandeln, war aus der Verwaltung zu hören. Das kann doch nicht wahr sein. Da stellt man dem Stadtrat gewisse Fragen, um mit deren Diskussion der weiteren Planung eventuell eine neue Richtung zu geben. Diese Fragen und damit die öffentliche Diskussion werden fast ein Jahr schubladisiert, damit man sich eben dieser Diskussion nicht stellen muss. Übrigens beziehen sich die Fragen nicht nur auf die Strassenhockey-Halle, sondern auf die ganze Situation im Mülimattquartier. Bevor Monika Mathers auf die Antworten des Stadtrats eingeht, möchte sie den nicht Ortskundigen die Situation aufzeigen. Man erkennt auf der aufgelegten Folie die grüne Lunge zwischen Oberwil und Zug, das Naherholungsgebiet Gimenen mit den vielen Kirschbäumen. Das Mülimattquartier ist der Einstieg in dieses Gebiet. Es ist mit einem roten Pfeil markiert. Umrahmt wird dieser Grüngürtel von drei Institutionen, der Klinik Meisenberg Nr. 1, dem Franziskusheim, Nr. 2, heute Klinik Zugersee, und dem Betagtenzentrum Mülimatt mit den angrenzenden Alterswohnungen, Nr. 3. Die Wege in diesem Dreieck sind belebt von Spaziergängern, Familien mit Kleinkindern, Velofahrern, Hundehaltern, Patienten der beiden Kliniken, die Spazieren und Wandern auch als Therapiebestandteile betrachten, und rund ums Betagtenzentrum Mülimatt begegnet man Personen, die an Stöcken, mit Rollatoren und Rollstühlen ihren Bewegungsradius ausloten. Obwohl der rot bezeichnete Mülimattweg nicht nur von Anwohnern, sondern auch von den Lieferanten für die Klinik und das Betagtenzentrum befahren wird, ist das Nebeneinander von Fussgängern und Autos nie gefährlich, weil eine gewisse Enge der Strasse automatisch zum vorgegebenen Tempo 30 zwingt. Die Fragen beziehen sich auf die Nutzung des Grundstückes OelB (Alters- und Pflegeheime sowie Freizeit- und Sportanlagen) und auf den Ausbau des Mülimattweges. Dieser Ausbau war auch der Anlass zur Einreichung dieser Interpellation, da die Interpellanten auf Sorgen in der Bevölkerung aufmerksam gemacht wurden. Monika Mathers dankt dem Stadtrat für die 7seitige Beantwortung der Fragen und ist beeindruckt, wie wenig man in vielen Worten aussagen kann. Beginnt man mit dem Mülimattweg: Ganz Oberwil liegt oberhalb der Artherstrasse in einer Tempo 30 Zone. Sie wird vom Gesetz so beschrieben: Das Signal «Tempo-30-Zone» kennzeichnet Strassen in Quartieren oder Siedlungsbereichen, auf denen besonders vorsichtig und rücksichtsvoll gefahren werden muss. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 30 km/h. Es sind in dieser Zone auch keine Fussgängerstreifen vorgesehen, weil man die Strasse überall queren darf. Doch wenn Strassen breit sind und mit Trottoir optisch noch breiter scheinen, animiert das zum Schnellfahren. Das beweist die Widenstrasse, auf der sogar die Busse regelmässig Tempo 30 überschreiten. Der schnurgerade Mülimattweg zwischen Alters- und Franziskusheim soll nun nur ein

Meter schmäler als die Widenstrasse werden, zusätzlich mit einem Trottoir optisch verbreitert. Die Argumentation dazu ist fadendünn. Man brauche das für die Wohnüberbauung, die Sporthalle, zu der zwar keine Busse fahren würden, und für die Anlieferung zum Franziskusheim. Gemäss Folie 2 sollen im pink umrandeten Gebiet ca. 60 Wohnungen entstehen. Die Einfahrt zur Einstellhalle wird, so hat sich Monika Mathers sagen lassen, in der nordöstlichen Ecke des Grundstückes sein, also nur 150 m von der Einfahrt in die Widenstrasse entfernt. Gegenüber sollen Sporthalle und das Wohnheim Rufin entstehen. Obwohl dort einige Parkplätze vorgesehen seien, sollen Zuschauer und Benützer der Sporthalle nicht dort hinauf fahren, wird immer wieder versichert. Der Verkehr von und zu den Wohnungen wird auch nicht gross sein, wenn man bedenkt, dass die Distanz bis zur nächsten Bushaltestelle 200 und bis zur Stadtbahn 260 m beträgt. Wenn man weiss, wie oft man zwischen Oberwil und Zug im Stau steht, dann wird man die Stadtbahn benutzen. Bleibt noch der Zulieferverkehr zur Klinik. Diese wurde seit Jahrzehnten über den nun plötzlich nicht mehr genügend breiten Mülimattweg bestens beliefert, ja vor ca. 20 Jahren wurde der ganze Bauverkehr für den Neubau hier durch geleitet. Warum also die Verbreiterung? Sollen also wegen diesen paar Wohnungen die Bewohner von Mülimatt 1 ihren halben Garten opfern müssen? Sollen sich die vielen Fussgänger und vor allem die alten Menschen rund ums Betagtenzentrum auf Trottoirs retten müssen, weil eine breite und dadurch schnelle Strasse gebaut werden soll? Soll unnötig Kulturland dafür geopfert werden? Wäre es nicht viel intelligenter und auch billiger, im Bereich Mülimatt bis an die neue Siedlungsgrenze eine Begegnungszone mit Tempo 20 einzurichten? Es geht um eine Strassenlänge von nur 150 m. Auf diese Distanz ist es jedem Fahrzeughalter zumutbar, sehr langsam zu fahren. Was Baar auf seinem Bahnhofplatz kann und Zug an der Aabachstrasse für viel Geld eingerichtet hat, wäre in der Mülimatt praktisch gratis erhältlich. Bewohner der verschiedenen Institutionen und hunderte von Spaziergängern würden es danken. Zur Halle für den Strassenhockey: In der Antwort auf die Frage, wie sich der Stadtrat ein Nebeneinander einer Streethockhalle, eines Seniorenzentrums und eines Heimes für psychisch beeinträchtigte Menschen mit höherem Betreuungsbedarf vorstellt, widerspricht sich der Stadtrat massiv. Weil in einer Halle gespielt würde, wären die Immissionen gering und würden für die Nachbarn kein Problem darstellen. Wird da immer bei geschlossenen Fenstern gespielt? Sauna lässt grüssen. Was passiert, wenn sich die Tür öffnet oder wenn die Fans nach gewonnenem Spiel auf dem Heimweg sich freuen? Werden da Mundpflaster verteilt? "Laute Veranstaltungen wie Konzerte würden die Umgebung zu sehr belasten", sagt der Stadtrat. Was gilt nun? Ist die Halle soundproof oder nicht? Denn, das wissen alle, der Lärm der Bälle, die während des Spiels gegen die Banden klepfen, ist sicher so laut wie Musik und viel aggressiver. Für psychisch beeinträchtigte Personen aber sind solche Knalle beängstigend. Auf die Frage 6 geht der Stadtrat gar nicht ein, obwohl er dazu mehr als eine Seite schreibt. Die Interpellanten fragten ihn an, ob man sich mit den Rebels eine Lösung vorstellen könnte wie bei der Volksinitiative für 400 stadteigene Wohnungen. Der Stadtrat geht mit keinem Wort auf den damaligen Kompromiss für eine fast unlösbare Initiative ein. 1981 wurde eine Volksinitiative angenommen, die die Stadt beauftragte, 400 stadteigene Wohnungen zu bauen. 1987 wurde der Entscheid anlässlich einer Einzelinitiative bestätigt. Das Volk

hat also zweimal Ja zu diesen Wohnungen gesagt. Trotzdem musste 2001 ein Kompromiss gefunden werden, da dieses Volksbegehren immer noch nicht erfüllt war. Der GGR beschloss also, dass je zwei stadteigene Altersheimzimmer als eine Wohnung gezählt würden und die Überbauung Roost zum Teil durch Genossenschaften statt durch die Stadt gebaut werden konnte. Das war ein Kompromiss. Jetzt besteht eine ähnliche Situation. Die Initiative für einen Rebels Platz auf Oberwiler Boden ist nicht durchführbar. Das hat der Regierungsrat bereits 2006, noch vor der Volksabstimmung, gewarnt. Auch die Stadt hat das unterdessen eingesehen, setzt aber voll auf eine Halle und jammert über den heimatlosen Dorfclub in Oberwil und von der ungenügenden öffentlichen Infrastruktur im Dorf. Monika Mathers kommen die Tränen. Wenn Oberwil ein Dorf wäre, sässen hier vorne drei Stadträte und im Saal sieben Gemeinderäte weniger, und der Rat würde totsicher nicht über eine Strassenhockeyhalle im Dorf diskutieren können. Oberwil gehört zu Zug wie der Rötél, Guthirt oder Riedmatt. Zug hat eine prima Infrastruktur. Die kleinen Kinder spielen auch heute noch auf dem Schulhausplatz Hockey. Doch sie machen Musik und andern Sport an anderen Stellen in der Stadt, übrigens gehen sie ab 12 Jahren auch nicht mehr in Oberwil zur Schule. Werde man realistisch. Lasse man die Kinder und Jugendlichen Hockey dort spielen, wie es im Namen heisst, auf der Strasse oder auf einem Platz. Dort ist der Nachwuchs an der frischen Luft. Zug hat für diesen Platz bereits über eine Million ausgegeben. Ist das nicht genug? Benütze man doch das OelB Gelände neben dem Betagtenheim wozu es prädestiniert ist, für Wohnen im Alter, die Babyboomers werden dafür danken. Schütze man das gewachsene Miteinander von Fussgängern und Autos, indem der Mühlemattweg nicht verbreitert wird und überlege man sich gut, ob es den Rebels in der Sportmeile von Zug auf die Länge nicht besser gefallen würde als im Dorf. Monika Mathers hat zum Schluss noch eine kleine Bitte: Der Vorstand der NOG (Nachbarschaft Oberwil Gimenen) hat sich schon immer vehement für den Bau der Strassenhockey-Halle eingesetzt. Ihr Interimspräsident Adrian Moos hat das hier im Rat und auch in der Presse klar deklariert. Das ist seine Aufgabe und sein gutes Recht. Doch wird der Bauchef gebeten, seine Mitgliedschaft im Vorstand der Nachbarschaft zu überdenken und eine Auszeit bis zum Ende seines Stadtratsmandats in Erwägung zu ziehen. So bleibt er der gesamten Stadt verpflichtet. Monika Mathers beantragt Diskussion.

Ratspräsident Stefan Moos erinnert alle, und insbesondere Monika Mathers, daran, jeweils zur Sache zu sprechen. Hier geht es um die Interpellation und nicht um die Streethockeyhalle. Mit der Konzentration auf das Kernthema könnte etwas Zeit gespart werden.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion als stillschweigend beschlossen erscheint.

Michèle Kottelat: Die Umsetzung oder Neuinterpretation der Rebels Initiative wird noch zu viel Gesprächsstoff führen. Die Diskussion um dieses umstrittene und umkämpfte Thema sollte aber fair und anständig bleiben. Dass Kollege Adrian Moos in der gestrigen Zuger Zeitung die Einzelinitiative, welche ein demokratisches Mittel ist, als Trick bezeichnet und Michèle Kottelat als Person, die schwer von Begriff sein soll findet Michèle Kottelat ziemlich geschmacklos. Sie hofft, dass die Diskussion wieder zivilisierter wird, sonst läuft man Gefahr, dass sich immer mehr Leute von der Politik abwenden. Nun noch einige Bemerkungen zum Punkt 4 der Interpellation zum Thema „autofreies Wohnen“. Die Stadt will den Mülimattweg verbreitern, damit das Bauland für den Verkehr erschlossen wird. Ausgeblendet wird, dass die Widenstrasse zusätzlichen Verkehr nicht verkraften kann. Das Gebiet Mülimatt ist durch den ÖV bestens erschlossen, mit dem Bus Nr. 3 und dem Zug im Halbstundentakt. Wäre es da nicht sinnvoll, nach Alternativen zu suchen, bevor man nach Schema X die Strasse verbreitert? Bauvorschriften, Energievorgaben aber auch die gesteigerten Ansprüche lassen die Kosten aller Bauvorhaben in die Höhe schnellen. Im Roost konnte man sehen, wie teuer Wohnungen werden auch wenn sie auf dem eigenen Boden erstellt wurden. Eine der Möglichkeiten, Baukosten zu senken, ist der Bau von „autofreien Siedlungen“, wo man keine teuren Einstellhallen bauen muss. Solche Überbauungen in verschiedenen Schweizer Städten sind im Trend. Sie erfreuen sich einer steigenden Beliebtheit bei jenen, die aus welchen Gründen auch immer kein Auto besitzen wollen oder können. Das Bauland in der Mülimatt gehört den Barmherzigen Brüdern. Diese Barmherzigen Brüder waren beim Bau des Oberen Fuchslochs in Oberwil sehr innovativ. Sie haben dort eine einzigartige Siedlung gebaut und aufgezeigt wie man günstig bauen kann. Die Wohnungen sind einfach, geräumig, WG fähig und verzichten auf jeglichen Schnickschnack. Sie sind so genial gebaut, dass Kontakte unter den Nachbarn leicht entstehen können. Ziehen die Kinder aus, so können die Eltern innerhalb der Siedlung in eine kleinere Wohnung ziehen. Vielleicht wären die Barmherzigen Brüder wieder bereit, Vorreiter zu sein, vielleicht hätten sie durchaus Gehör für eine autofreie Siedlung? Auf die Frage ob das Thema „autofreies Wohnen“ schon diskutiert worden sei, erhalten die Interpellanten die Antwort (Zitat): „In diesem Sinne haben noch keine Gespräche stattgefunden.“ Michèle Kottelat kann schwer begreifen, warum bei dieser schwierigen und engen Erschliessungskonstellation die Behörden nicht proaktiv auf die Bauherren zugegangen sind und ihnen solche Möglichkeiten im urbanen Raum aufgezeigt haben. An zentralen, gut erschlossenen Lagen sollte „Autofreies Wohnen“ auch in Zug möglich sein. Man sage bitte nicht, dies sei ein „Linkes Anliegen“. Michèle Kottelat als bürgerliche Politikerin steht für Vielfalt und Auswahl und bin gegen Monokultur.

Christina Huber möchte einige wenige Bemerkungen zur Interpellationsantwort im Hinblick auf die Vorlage zum Projektierungskredit Streethockey-Halle anbringen, ist die SP-Fraktion doch der Ansicht, dass die Interpellationsantwort zu einem grossen Teil auch mit dieser Halle in einem Zusammenhang steht. Erstens: In der Interpellationsantwort vom September 2012 betonte der Stadtrat, dass dem GGR noch vor Ende 2012 die Planungskredit-Vorlage für den Bau einer Streethockeyhalle vorgelegt würde. Weshalb ist die Vorlage auch Anfang Februar noch nicht beim GGR eingetroffen? Zweitens: Be-

rücksichtigt der Stadtrat im Hinblick auf die Projektierung, dass die Ausgangslage heute eine andere ist als zum Zeitpunkt der Volksabstimmung? Und dies nicht nur in Bezug auf die Erkenntnis, dass sich ein Streethockeyplatz in Oberwil aus Lärmgründen nicht realisieren lässt, sondern insbesondere auch die Entwicklungen beim Sportverein selbst. Es ist doch davon auszugehen, dass sich dieser in den letzten fünf Jahren auch weiterentwickelt, verändert und professionalisiert hat. Wurden diese Entwicklungen mitberücksichtigt? Wurde bspw. analysiert, wie viele Clubmitglieder auch heute noch tatsächlich aus Oberwil selbst stammen? Ist es wirklich zukunftsweisend, diesen Sportverein aus der Zuger Sportmeile in der Herti herauszulösen und wieder zurück nach Oberwil zu bringen? In der Antwort zu Frage 6 auf Seite 5 unten betont der Stadtrat, dass er mit den Verantwortlichen der Oberwil Rebels noch nicht über eine allfällige definitive Lösung in der Herti Nord diskutiert hat. Sind diese Gespräche in der Zwischenzeit erfolgt und welche Resultate zeitigten sie? Auf diese Fragen muss nicht zwingend heute schon eine Antwort gegeben werden, aber spätestens beim Projektierungskredit wird sie Christina Huber, falls sie in der Vorlage nicht thematisiert werden, erneut vorbringen. Drittens: Was in den Augen der SP-Fraktion nicht angeht, ist die Behauptung des Stadtrates, dass die Ursache für das deutliche Volks-Ja „wohl nicht nur der fast ‚heimatlose‘ Dorfclub Oberwil Rebels, sondern auch die ungenügende öffentliche Infrastruktur in Oberwil“ war. Volksinitiativen können nicht beliebig uminterpretiert werden. Es sind ja auch andere Erklärungen für das deutliche Ja denkbar, so könnte es bspw. auch einfach daran gelegen haben, dass viele Leute die Schnauze voll hatten davon, dass Kinder und Jugendliche keinen Freiraum mehr kriegen und ihr Lärm nirgends mehr geduldet wird. Man könnte die Initiative nun also auch in diese Richtung umdeuten, das kann es aber nicht sein. Bleibe man also bei den Fakten. Falls die öffentliche Infrastruktur in Oberwil tatsächlich ungenügend ist – Christina Huber vermag dies aktuell zu wenig zu beurteilen – dann ist der Bau einer reinen Streethockeyhalle wohl kaum der richtige Lösungsansatz! Dann braucht es andere Lösungen, die einer breiten Bevölkerung in Oberwil zu Gute kommen. Christina Huber lässt es vorderhand bei diesen Bemerkungen bewenden und wird sich dann sicherlich im Rahmen der Vorlage zum Projektierungskredit erneut zum Thema äussern.

Jürg Messmer wird versuchen, die Rebels-Halle nicht zu sehr zu strapazieren. Wenn man aber ehrlich ist, dann ist diese ganze Interpellation etwas, das nur diese Rebels-Halle torpediert. Es geht um nichts anderes. Wäre dort nie eine Rebels-Halle geplant gewesen, sondern von Anfang an ein Pflegeheim oder Alterswohnungen, dann hätte es diese Interpellation nie in diesem Sinne gegeben. Im Gegenteil: Dann wären die beiden Interpellanten da gestanden, hätten gesagt, die Strasse sei nicht sicher, es müsse ein Radweg und ein breites Trottoir geschaffen werden, damit die Rollstuhlfahrenden sicher nach hinten und vorne kommen. Genauso kann sich das Jürg Messmer vorstellen. Alles andere ist ein eigentlicher Humbug. Die Fragen der Interpellanten zeigen, dass es genau daraufhin zielt. Die Interpellanten spielen ja schon Alt gegen Jung aus. In der Frage 8 halten die Interpellanten fest, dass der Bedarf an Wohn- und Pflegeplätzen für betagte Personen ständig steige. Die Interpellanten hätten lieber statt einer Rebels Halle ein Alterswohnheim. Dann würde heute der Rat nicht über diese Interpellation disku-

tieren. Es braucht diese Strassen. Nur angenommen, es wird dort gebaut, und es passiert etwas. Wer steht dann hin und macht dem Stadtrat Vorwürfe, weil die Strasse nicht sicher war und es einen tragischen Unfall gegeben hat? Es ist Jürg Messmer lieber, jetzt eine richtige und entsprechend signalisierte Strasse zu haben, damit der Schwerverkehr durchfahren kann. Dafür ist sie sicher. Alles andere ist Humbug. Jürg Messmer ersucht die Fraktion Alternative-CSP und die glp, nicht damit anzufangen, Alt gegen Jung, Pflegeheim gegen Halle, auszuspielen. Das wird beim Volk nicht ankommen. Schon in der Abstimmungsbroschüre Sport- und Streethockeyplatz für Oberwil stand übrigens auf Seite 13, dass hier nur eine Halle in Frage komme. Schon damals wusste man also, dass unter Umständen nur eine Halle in Frage komme. Dass man sich jetzt absolut überrascht zeigt, dass kein Betonplatz, sondern eine Halle kommt, entspricht auch nicht der Wahrheit. Jürg Messmer hofft, dass die Interpellationsantworten des Stadtrates positiv zur Kenntnis genommen werden. Der Stadtrat hat die Antworten gegeben, welche auf diese Fragen tatsächlich notwendig und richtig waren.

Martin Eisenring teilt die Meinung von Jürg Messmer überhaupt nicht. Es war sehr wichtig, dass diese Interpellationsfragen gestellt wurden, geht es doch um eine geplante Vorinvestition, ohne zu wissen, was schlussendlich realisiert wird. Wenn das Volk diese Halle wirklich einmal möchte, wenn sie finanziert werden kann und dann einmal auch realisiert wird – was heute alles noch in den Sternen steht – kann über eine Verbreiterung der Strasse wieder diskutiert werden. Heute ist der Zeitpunkt aber noch nicht gegeben, um diese Strasse auf Vorrat zu verbreitern. Das Volk hat bisher nie über diese Halle abgestimmt, sondern über einen Betonplatz. Es wurde auch über CHF 2 Mio. und nicht über CHF 6 Mio. abgestimmt. Sehr viele Fragen sind heute noch offen. Bevor begonnen wird, Strassen zu bauen, müssen diese Fragen beantwortet werden. Man muss in der Stadt Zug lernen, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen. Ein Beitrag dazu ist, zuzuwarten, bis man weiss, wohin man wirklich will. Es ist daher wichtig, dass der Projektierungskredit durch den GGR und das Volk beschlossen wird. Dann ist klar, wohin die Reise geht.

Adrian Moos glaubt nicht, das er bekannt dafür ist, einen rüden Politikstil zu betreiben. Wenn er Michèle Kottelat mit seinem Leserbrief verletzt hat, tut ihm das sehr leid. Er bezeichnete das Vorgehen als Trick und ist nicht der Meinung, gesagt zu haben, Michèle Kottelat sei schwer von Begriff, sondern er war anderer Ansicht. Falls dies falsch angekommen ist, tut es Adrian Moos aufrichtig leid, schätzt er doch ansonst die Art von Michèle Kottelat zu politisieren sehr. Zur Frage der Erschliessung gilt es zu unterscheiden, wo Politik gemacht wird und wo es um Verwaltungsarbeit geht. Es gibt eine Erschliessungspflicht für eingezontes Bauland. Zudem gibt es Vorgaben, mit welcher Erschliessungsqualität je nach Grösse einer Parzelle gearbeitet werden muss. Dafür gibt es entsprechende Normen, die es vom Stadtrat einzuhalten und umzusetzen gilt. Adrian Moos erwartet, dass dies der Stadtrat mit Augenmass tut. Der Handlungsspielraum ist aber sehr gering und nur ganz am Rande überhaupt ein politisches Thema. Im Gegensatz zu Martin Eisenring hat Adrian Moos das Votum von Jürg Messmer ausgezeichnet gefallen. Es ist sogar so gut, dass sich die FDP-Fraktion vorbehaltlos diesen Äusserungen

anschliessen kann und sich auf eine Diskussion im jetzigen Zeitpunkt gar nicht einlässt, weil sie die Facts nicht kennt. Man staune nicht, dass die Interpellation nicht konkret beantwortet werden konnte, gibt es doch noch nicht mal eine Vorlage bzw. einen Planungskredit. Wie soll denn der Stadtrat detailliert Antwort geben können zu Fragen wie Lärm usw.? Diese Frage kann beim besten Willen heute nicht beantwortet werden.

Monika Mathers: Ist der Bahnhofplatz in Baar ein Humbug, wie dies von Jürg Messmer genannt wurde? Es gibt die sogenannte Begegnungszone, die im Gesetz nun bewusst umgenannt wurde. Busse, Lastwagen, Motorwagen und Fussgänger müssen hier miteinander auskommen, jedoch hat der Fussgänger den Vortritt. Das könnte man in einem so heiklen Gebiet mit zahlreichen Spaziergängern durchaus brauchen. Auch zu sagen, es sei nur ein Vorwand gewesen, ist etwas eigenartig, ist doch Monika Mathers auf die Idee der Interpellation gekommen, weil die Anwohner des Mülimattquartiers sich erkundigten, was mit der Strasse geplant sei. Auch geht es hier um kein Auspielen von Jung und Alt. Die Zone, die an der letzten Ortsplanung beschlossen wurde, heisst wörtlich OelB für Altersheim und Alterswohnungen sowie Freizeit- und Sportanlagen. Also muss eines der beiden realisiert werden. Es geht hier nicht um ein Auspielen. Monika Mathers tendiert aber auf die andere Seite, hat aber absolut kein Problem damit, wenn Adrian Moos eher auf die Sporthallenseite tendiert. Trotzdem spielt Monika Mathers nicht aus, sondern zeigt auf.

Stadtrat André Wicki verweist grundsätzlich auf Bericht und Antrag des Stadtrates vom 11. September 2012 und erlaubt sich kurz auf folgende Punkte ergänzend hinzuweisen: Die Interpellantinnen erhalten Antworten zu zwei Themenkomplexen, nämlich zur Erschliessung des Mülimattquartiers und zur Umsetzung der Volksinitiative für eine Sportanlage für die Rebels in Oberwil. Es geht hier um einen Volksauftrag, welcher ohne Optionen anzugehen ist. All die komplexen Fragen zur Umsetzung und zum Verfahren mit einem grossen Kreis von Beteiligten (sowie laufende neue Anfragen und Erkenntnisse) haben zu Verzögerungen geführt. Deshalb hat der Stadtrat die Vorlage nicht mehr vor den Sommerferien, das heisst innerhalb der dreimonatigen Frist beantworten können und die Antwort am 11. September 2012 verabschiedet. Aus damaliger Sicht erachtete es der Stadtrat als sinnvoll, wenn die Interpellationsbeantwortung gleichzeitig mit dem Projektierungskredit im GGR behandelt wird. Der Entscheid des GGR von letzter Woche, die Einzelinitiative zur Aufhebung des Beschlusses über den Bau einer Sportanlage für die Rebels hat nun dazu geführt, die Antwort vorab im GGR zu behandeln. Stadtrat André Wicki wird den GGR in Ergänzung zur Interpellationsbeantwortung über das weitere Vorgehen der Sportanlage für die Rebels und zur Erschliessung des Mülimattquartiers informieren. Das Baudepartement hätte gerne mit der Beantwortung der Interpellation gewartet, bis betreffend Halle und Wohnheim alles geklärt gewesen wäre. Das Land, das sich als einziger möglicher Standort in Oberwil erwiesen hat, gehört den Barmherzigen Brüdern. Diese planen in unmittelbarer Nähe zur vorgesehenen Streethockeyhalle das sogenannte Wohnheim Rufin. Es galt, gemeinsam mit den Barmherzigen Brüdern und ihrem Architekten zunächst zu klären, wie

die beiden Projekte zu koordinieren und gleichzeitig zu entflechten sind. Fragen waren beispielsweise:

- eine gemeinsame Realisation in einem Baukörper oder Einzelgebäude, d.h. soll das Wohnheim Rufin zusammen mit der Halle gebaut werden?
- erst Planungskredit, dann Baukredit?
- oder statt diesem zweistufigen Verfahren direkt eine TU/GU-Vergabe der Halle?
- Und immer unter dem Aspekt der Qualitätssicherung der beiden Bauvorhaben

Am 6. September 2012 wurde das Projekt Neubau Wohnheim Rufin und Sport- und Dorfhalle Oberwil der SBK zur Beurteilung vorgelegt. Die Planungsunsicherheiten bei der Realisierung der Halle haben die SBK veranlasst, eine Machbarkeitsstudie für das Grundstück und die beiden Projekte zu empfehlen. Diese Machbarkeitsstudie liegt heute vor und wird von den Grundeigentümern, den Nutzern des Wohnheims Rufin und der Stadt am 18. Februar 2013 verabschiedet. Sie erlaubt, die aus zeitlichen und finanziellen Gründen favorisierte TU/GU-Vergabe ins Auge zu fassen. Deswegen soll vom zweistufigen Verfahren Planungskredit und anschliessendem Baukredit Abstand genommen werden. Wie der Vorlage entnommen werden kann, hat sich der Volksauftrag in finanzieller Hinsicht erheblich geändert, es ist mit mehr als doppelt so hohen Kosten zu rechnen. Daher müsste aus Sicht des Baudepartementes eine multifunktionale Halle errichtet werden. Dieser Entscheid ist noch offen. Im Übrigen ist das weitere Vorgehen nun wie folgt angedacht:

- Vor- und Aufbereitungsphase mit Einbezug der Studie
- 12. März 2013 Aussprachepapier im Stadtrat zur Nutzung
- Dann folgt die TU/GU Submissionsphase
- 18. Juni 2013 Antrag Baukredit im Stadtrat
- 10. September 2013 GGR Bericht und Antrag Baukredit
- 24. November 2013 Urnenabstimmung Baukredit

Nun zum Stand der Dinge des privaten Bauprojektes: Die Grundeigentümer realisieren eine Arealüberbauung. Bereits im Jahr 2011 wurde der Wettbewerb abgeschlossen. Es wurden fünf Architekturbüros eingeladen. Die Grundeigentümer lassen derzeit das Baugesuch ausarbeiten. Eine Bewilligung kann allerdings erst erteilt werden, wenn die Erschliessung rechtlich und faktisch sichergestellt ist. Es gibt da leider verschiedene Beispiele in der Stadt Zug, wo die Gerichte die Baubewilligung wegen fehlender Erschliessung zweimal aufgehoben haben. Warum braucht es die Verbreiterung des Mülimattweges? Im Rahmen der Ortsplanungsrevision wurden im Gebiet Mülimatt rund 9300 m<sup>2</sup> in die Wohnzone W3 eingezont, davon 50 % für den preisgünstigen Wohnungsbau. Zusätzlich zu dieser Wohnzone wurden bedingt durch den Volksauftrag aus dem Jahre 2007 für den Sport- und Streethockeyplatz 6'984 m<sup>2</sup> in die Zone des öffentlichen Interesses für Bauten und Anlagen OelB eingezont. Mit der Überbauung dieser neuen Zonen steigen die Anforderungen an die Erschliessung. Die Stadt Zug ist verpflichtet, die bestehende Strasse entsprechend dem zu erwartenden Verkehr auszubauen. Nur erschlossene Grundstücke dürfen überbaut werden. Die Einigungsverhandlungen mit einer Partei blieben leider ohne Erfolg, so dass der Stadtrat nun am 15. Januar 2013 das Projekt zuhanden der Vorprüfung des Kantons verabschiedet hat. Es ist damit zu rechnen, dass Beschwerdeverfahren den Strassenausbau verzögern werden. Ohne allzu

grosse Verzögerungen kann mit dem Ausbau der Strasse im Herbst 2013 begonnen werden. Zur Frage, warum die Erschliessung nicht im Einbahnverkehr geführt werden kann: Für eine Erschliessung im Kreisverkehr fehlt die Rechtsgrundlage. Der kommunale Richtplan sieht eine dauerhafte Erschliessung gemäss dem nun vorgestellten Projekt vor. Eine Einbahnlösung würde diesem widersprechen. Für die heutige Lösung sprechen neben Umwegfahrten auch Sicherheitsaspekte bezüglich der Velofahrer und Fussgänger/Innen. Zudem wäre eine Kreisverkehrserschliessung über die Widenstrasse eine Verdoppelung der Strassenlänge, d.h. mehr Kosten in der Erstellung und Unterhalt. Dies widerspricht dem Ganzen. Zudem widerspricht es auch dem erarbeiteten Verkehrskonzept. Stadtrat André Wicki ersucht den GGR, vom Bericht des Stadtrates Kenntnis zu nehmen

**Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass die **Interpellation Monika Mathers, CSP, und Michèle Kottelat, glp, vom 5. April 2012 betreffend Bauvorhaben im Mülimattquartier beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

## **6. Motion der SVP-Fraktion vom 27. September 2009 betreffend Haus Zentrum und Motion der Fraktion Alternative-CSP vom 27. September 2009 betreffend Sanierung Haus Zentrum**

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2237

Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Vorlage. In der Zwischenzeit ist einiges gegangen. Am 27. September 2009 wurde die Motion eingereicht, nachdem das Stimmvolk klar zur Gesamtanierung des Haus Zentrum Nein gesagt hatte. Gemäss Beschluss des Grossen Gemeinderates betr. Kauf der Liegenschaft Gubelstrasse 22 wurde der Stadtrat beauftragt, bis Ende 2013 für alle frei werdenden Verwaltungsgebäude ein Nachnutzungskonzept inkl. möglicher Verkäufe dem Grossen Gemeinderat zu unterbreiten. Mit diesem Auftrag erübrigt sich an sich auch diese Motion. Des Weiteren ist zu lesen, dass weitere Investoren Interesse am Kauf der Liegenschaft bekundet hätten, was die SVP-Fraktion freut, vertritt sie doch die Meinung, dass die Stadt ihr Tafelsilber nicht dem Erstbesten und wenn möglich noch günstig nachwerfen soll, sondern es ist dem Meistbietenden oder im besten Interesse der Stadt das Ganze zu übergeben. In der SVP-Fraktion hat sich bereits etwas heraus kristallisiert, dass z.B. Bröchli gegen Grienbach getauscht und das Haus Zentrum für viel Geld verkauft werden könnte. Dann könnte die Stadt Zug den nötigen Cash wieder haben für die Bauten, die in Zukunft von der Stadt Zug getätigt werden müssen. In diesem Sinne ist die SVP-Fraktion mit dem Stadtrat einverstanden und stimmt der Abschreibung der Motion zu.

Urs E. Meier: Die Fraktion Alternative-CSP ist nicht ganz der gleichen Meinung wie die SVP-Fraktion und stellt folgenden Antrag: Die Motionen, zumindest jene der Fraktion Alternative/CSP, seien erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben, bevor verbindliche Verhandlungs-Resultate vorliegen.

Dieses Aufschieben tut niemandem weh - der Stadtrat hat seine Aufgabe der Beantwortung erfüllt - und das Abschreiben kann bei Vorliegen befriedigender Resultate jederzeit erfolgen. Der Fraktion Alternative-CSP scheint es nicht klug zu sein, die Motionen abzuschreiben, bevor irgendwelche Resultate mit der Korporation oder anderen Interessenten vorliegen.

Ratspräsident Stefan Moos: Entweder müssen beide Motionen oder es muss nur eine erheblich erklärt werden. Die Formulierung „zumindest“ ist nicht möglich.

Urs E. Meier: Es sollen beide Motionen auf der Geschäftsliste belassen bleiben.

Ratspräsident Stefan Moos: Demnach lautet der Antrag neu wie folgt: Die Motionen seien erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben bevor verbindliche Verhandlungsergebnisse vorliegen.

### **Abstimmung**

über den Antrag von Urs E. Meier namens der Fraktion Alternative-CSP für Nichtabschreibung:

Für den Antrag von Urs E. Meier namens der Fraktion Alternative-CSP stimmen 13 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 22 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 13:22 Stimmen den Antrag von Urs E. Meier namens der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat. **Die Motion der Fraktion SVP zum Haus Zentrum und die Motion Fraktion Alternative-CSP betreffend Sanierung Haus Zentrum sind somit nicht erheblich erklärt und können als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

## **7. Motion von Vroni Straub-Müller, CSP, vom 2. November 2009 betreffend Naturschutzzone Innere Lorzenallmend**

Es liegt vor:

Zweiter Zwischenbericht des Stadtrates Nr. 2187.1

Susanne Giger bedankt sich namens der Motionärinnen und nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis. Die Motionärinnen würden es begrüßen, wenn nach über 20 Jahren in der Inneren Lorzenallmend endlich die rechtmässige Zone realisiert würde. Für die Landwirtschaft entstehen keine Nachteile, denn eine extensive Nutzung wird durch Beiträge entschädigt. Die Gründe für eine weitere Fristerstreckung um ein Jahr können nachvollzogen werden. Die Motionärinnen sind nun gespannt auf die definitive Motionsantwort, die nach Abschluss der Richtplananpassung ca. im Herbst 2013 erwartet wird.

Theo Iten: Das Leitbild Lorzenebene ist das Ergebnis eines breiten Mitwirkungsprozesses. Die Kernideen lieferte eine 40-köpfige Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus der Landwirtschaft, von Interessengruppen, Gemeinden und kantonalen Fachstellen. Parallel zu den Workshops der Arbeitsgruppe konnte sich auch die breite Öffentlichkeit einbringen. Das Leitbild, das alle erhalten habt, stellt in den Leitsätzen die drei Nutzungen "Landwirtschaft", "Erholung" und "Natur" als gleichwertig dar. Doch der Stadtrat ist nicht zufrieden und hat mehrere Anträge eingereicht. Aus der Sicht des Stadtrates wird die Landwirtschaft zu stark gewichtet, denn Erholung und Freizeit sind ihm offensichtlich wichtiger. Weiter ist er der Meinung, dass südlich der Bahnlinie zwischen Brüggli und Choller 13 ha bestes Acker- und Wiesland grösstenteils der Erholung und Naturschutz und der Rest der Fläche für eine extensive Landwirtschaft zugeteilt werden sollen. Weiter möchte der Stadtrat im Leitbild Lorzenebene den Passus "Vorrang Landwirtschaft" aufheben und den Lorzenlauf von Baar bis zum Schulhaus Herti verbreitern und renaturieren. Der Stadtrat will in Zug keine gesunde produzierende Landwirtschaft mehr. Denn er kauft lieber in Supermärkten ein. Woher die Lebensmittel kommen, ob frisch oder ökologisch, spielt keine Rolle mehr. Die Hauptsache es ist billig! Und zum Schluss: Im Leitbild Lorzenebene wurde die Verlängerung der General-Guisan-Strasse gestrichen. Doch der Stadtrat hält an der Verlängerung fest, mit der Begründung: Es ist ein wichtiges Teilstück des zukünftigen Strassennetzes der Stadt Zug. Zuerst die Landwirtschaft beseitigen und dann in aller Ruhe bauen. Ein solches Verhalten des Stadtrates kann Theo Iten nicht verstehen und ist inakzeptabel. Daher stellt die Mehrheit der CVP-Fraktion den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme. Wer für eine realistische Landwirtschaft ist, wird diesen Antrag unterstützen.

Louis Bisig: Auf dem engen Raum können nicht mehr alle Freiraumbedürfnisse erfüllt werden. Der Boden im Siedlungsgebiet ist knapp. Die Erholungs- und Freizeitnutzungen verlagern sich vermehrt auf die siedlungsnahen Landschaften. Wir bewegen uns dabei auf dem hohen Seil beim Balanceakt zwischen Nutzen und Schützen. Die Bevölkerung schätzt einerseits Flächen mit hoher Biodiversität, Blumenwiesen, Feuchtgebiete, Baum-

gruppen und ungeteerte Wege. Um die Natur wertzuschätzen, muss man sie aber auch erleben. Paradoxerweise gefährdet man mit den Nutzungsansprüchen den Schutz dieser Räume. Unabdingbar ist deshalb eine weitsichtige, kluge Raumplanung. Bis zum Abschluss der Richtplananpassung will die Stadt keine weiteren Aussagen zur Naturschutzzone machen. Wenn im neuen Richtplantext das Leitbild Lorzenebene nicht erwähnt wird und dadurch unklar bleibt, welche Bedeutung und Verbindlichkeit die im Leitbild getätigten Aussagen und Pläne haben, ist es besonders wichtig, dass dem Erholungsnutzen und dem Naturschutz bereits jetzt ein Gewicht gegeben wird. Die SP-Fraktion erwartet, dass die gemeindlichen Naturschutzzonen im kantonalen Richtplan verankert werden. Sie unterstützt die Stadt Zug bei ihren Sofortmassnahmen die heutige Situation der Parkierungsanlage Brüggli und die Führung des Langsamverkehrs umgehend zu lösen, bis hin zur Frage, ob und wie viele Parkplätze es wirklich braucht. Die SP-Fraktion fragt sich aber, ob es zwingend ist, den Campingplatz an guter Lage zu verlegen. Unterliegt man hier nicht der planerischen Versuchung eine englische Parklandschaft nachzubilden und opfert ein Naturerlebnisbereich, den man als Familie und Jugendlicher schätzt? Die Stadt- und Wassernähe beim Brüggli gewähren dem Campingplatz einen einmaligen Standortvorteil. Wenn man in Gedanken das Zugerseeufer der Stadt abschreitet, wird einem bewusst, dass das Brüggli in seiner heutigen Nutzung für die Zuger Bevölkerung einen in dieser Stadt einzigartigen Treffpunkt und unkonventionellen Zugang zur Natur, im Speziellen zum Wasser ermöglicht. Er verbindet Wassersportler, Badegäste, Familientreffen beim Bröten und Camper. Hier kann Zug Natur erleben, deshalb sollte dieser Ort beibehalten werden und keiner Parklandschaft weichen. Aus Sicht der SP-Fraktion gilt es aber, die heutige Situation, wie vom Stadtrat mit den Sofortmassnahmen beantragt, umgehend in der Parkierungsanlage und der Führung des Langsamverkehrs zu verbessern, und somit unmittelbar umweltfreundlich zu gestalten. In Bezug auf die Immissionen der Landwirtschaft ist die SP-Fraktion überzeugt, dass die heutigen Bauern in den sensiblen Randzonen der Naturschutzgebiete eine extensive Landwirtschaft betreiben wollen. Natürlich hat die Brache und der Schutz bodenbrütender Vögel einen Preis, der abgegolten werden muss. Sofort umsetzbar zum unmittelbaren Naturschutz wäre die deutliche Markierung des Naturschutzgebietes bei allen Zutrittswegen. Nur so kann der dressierte Hund lesen, dass hier Leinenzwang herrscht. Aus dem Zwischenbericht des Stadtrates geht bereits hervor, dass in einem Jahr den Zeitpunkt für die abschliessende Beantwortung auch 2013 noch nicht erreicht ist. Zusammenfassend liegt die Priorität für die SP-Fraktion bei der nachhaltigen Lösung für die Naturschutzzone in der inneren Lorzenallmend und nicht bei der Abschreibung der Motion. So dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat für das Schreiben der Stadtplanung an die Baudirektion zur Anpassung des kantonalen Richtplans, öffentliches Mitwirkungsverfahren vom 13. November 2012 und hofft, dass der Kanton die gleiche Sensibilität zur Werterhaltung dieser Zonen hat wie der Stadtrat und sicher auch dieser GGR.

Stadtrat André Wicki verweist auf die Ortsplanungsrevisionen 1994 und 2009. Da gibt es gewisse Richtlinien, die entsprechend zu befolgen sind. Worum geht es aber explizit bei der inneren Lorzenallmend? Es ist die Rede von einem Streifen von 30 – 40 m, welche in der Ortsplanungsrevision 1994 in die Naturschutzzone zugewiesen wurde. Die Umset-

zung ist noch nicht erfolgt. Direkt am See befindet sich heute ein Fussweg. Dieser müsste jedoch gemäss Volksentscheid 30 – 40 m nach innen verlegt werden. Vom Amt für Raumplanung wurde der Workshop einberufen. Die Stadt war dabei mit den Stadträten Andreas Bossard und André Wicki sowie Fachleuten des Baudepartementes vertreten. Die vielen verschiedenen Ansprüche müssen abgeholt werden. Dazu wurden die 40 Anwesenden befragt. Anschliessend erfolgt eine Stellungnahme durch den Stadtrat. Ziel muss sein, Landwirtschaft und Naherholung unter der Prämisse eines Volksentscheides umzusetzen.

Stadtrat Andreas Bossard: Das Votum von Theo Iten ist aus Sicht des Stadtrates total sinnenstelt. Der Stadtrat ist nicht gegen die Landwirtschaft. Landwirtschaft, Natur und Erholung müssen optimal ineinander fliessen und einander ergänzen. Der Stadtrat ist für die Umsetzung der kantonalen Naturschutzzonen. In der Naturschutzzone am Seeufer besteht teilweise eine Agrowüste mit Maisfeldern bis nahe an den See. Das muss laut Konzept verbessert werden. Das Leitbild Lorzenebene wurde zusammen mit den Landeigentümern, der Korporation, Anwohnern und der Baudirektion erstellt. Der Stadtrat hat die entsprechende Stellungnahme abgegeben.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

### **Abstimmung**

über den Antrag von Theo Iten namens der CVP-Fraktion für die ablehnende Kenntnisnahme:

Für den Antrag von Theo Iten namens der CVP-Fraktion stimmen 11 Ratsmitglieder.

### **Ergebnis:**

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 11 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag von Theo Iten namens der CVP-Fraktion abgelehnt hat. Der GGR hat demnach den Zwischenbericht des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis genommen.

- 8. Interpellation von Michèle Kottelat, glp, vom 21. September 2012 betreffend keine Freizeitmentoren in Zug aus Angst vor Machtverlust?**
- 9. Interpellation der CVP-Fraktion vom 29. Oktober 2012 betreffend Immobilien-Bewirtschaftung: regelmässige Informationen an die GPK durch den strategischen Immobilien-Ausschuss**

Aus zeitlichen Gründen werden diese drei Traktanden auf die nächste Sitzung des Grossen Gemeinderates verschoben.

## 10. Mitteilungen

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

**Dienstag, 26. Februar 2013, 17.00 Uhr**

Ratspräsident Stefan Moos schliesst nun die offizielle Sitzung und wünscht Allen eine schöne und unterhaltsame Jubiläumsfeier im Theater Casino Zug.

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber